



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)

428 (16.9.1930) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-351750](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-351750)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM 2.—, in anderen Reichsteilen abgeholt RM 2.20, durch die Post ohne Zuschlag RM 2.—. Einzelverkaufpreis 10 Pf. — Adressen: Adressbuch, 6, Schwelmerstraße 10/20, Weststraße 18, Ne-Friedrichstraße 4, Po Hauptstraße, W Dusseldorferstraße 2. — Erscheinungsorte: monatlich 12 mal.

Verlag, Redaktion und Druckerei: R 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammel-Rummer 24051, Politisch-Rants Nummer 17500 Karlsruher. — Telegramm-Adresse: Remazett Mannheim

Anzeigenpreis: Im Anzeigenblatt RM — 60 bis 22 mm breite Zeilenzeile; im Restblatt RM 2.— die 10 mm breite Zeile. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Abg. — Rabatt nach Tarif. — Für das Schreiben von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, in besonderen Fällen und für telephonische Aufträge siehe in den Verzeichnissen Mannheim.

Beilagen: Sport der N. M. Z. * Aus der Welt der Technik * Kraftfahrzeug und Verkehr * Die fruchtbare Scholle * Steuer, Gesetz und Recht * Neues vom Film * Mannheimer Frauenzeitung * Für unsere Jugend * Mannheimer Reisezeitung * Mannheimer Vereinszeitung * Aus Zeit und Leben * Mannheimer Musikzeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 16. September 1930

141. Jahrgang — Nr. 428

Die erste Rede Curtius' in Genf

Bedeutungsvolle Ausführungen über Abrüstung, Vaneuropa und Weltwirtschaftskrisis - Positive Vorschläge

Starker Eindruck in Genf

Darstellung unserer eigenen Vertreter
— Genf, 16. Sept.

Der erste Redner in der heutigen Völkerbundversammlung war Scialoja, Italiens ständiger Vertreter im Völkerbund. Von dem großen Juristen, dessen Gehalt an einem römischen Senator erinnert, wurde in klaren Worten der Standpunkt Italiens hinsichtlich der Probleme ausgesprochen, die den Völkerbund und Europa beschäftigen. Scialoja betonte, daß die in Genf bisher erreichten Schiedsverträge und die internationale Rechtsprechung das einzige sichere Mittel zur Lösung der Probleme seien. Man könne aber nicht von dem Bund verlangen, daß er schon heute die wichtigsten Probleme zur Lösung bringe. Es müsse mit Geduld das weitere Wirken der Weiser Institution abgewartet werden. Scialoja widmete einen Nachruf dem bahnbrechenden Reichsaußenminister Dr. Brüning und dann wendete er sich den aktuellen Völkerbundfragen zu. An erster Stelle

erklärte er sich im Namen der italienischen Regierung für die Aufhebung des englischen Abkommens über die Abrüstungsfrage einverstanden und wies darauf hin, daß der Völkerbundvertrag den Staaten zur Verfügung stehe, um übertriebene Rüstungen abzubauen.

In der Hauptsache betonte Scialoja, daß die Sicherheit nicht eine Vorbedingung für die Abrüstung darstellt. Auf die Frage der Abrüstung des Völkerbundes wurde eingegangen, betonte Scialoja den Standpunkt der italienischen Regierung in folgender Weise: Italien vertritt die Ansicht, daß jeder Staat, der Mitglied des Völkerbundes ist und sich seinen Bestimmungen unterworfen hat, ein Recht auf die Abrüstung besitzt. Derzeit besteht eine Vereinbarung, die den Generalsekretariat, in dem nur die Kommissare vertreten sind und eine politische Instanz, der Völkerbundrat. Italien wird zu gelegener Zeit den Vorschlag machen, zwischen den Instanzen eine Zwischenstufe einzufügen, die die Aufgabe haben soll, vermitteln zwischen den beiden Instanzen, der Administration und der politischen, einzugreifen. Diese durch die italienische Regierung angeregte Reform dürfte aber, wie Scialoja meinte, noch großen Schwierigkeiten der Verwirklichung begegnen. Deshalb wäre eine Durchführung dieser Reorganisation des Völkerbundesapparats erst dann erwünscht im Auge zu fassen, wenn der gegenwärtige

Generalsekretär Sir Eric Drummond den Rücktritt nehmen sollte.

Dann schloß sich der Vertreter Italiens mit der Vaneuropafrage. Auch hier äußerte er eine ablehnende Haltung. Die italienischen Standpunkte. Er betonte, daß unter den gegenwärtigen Umständen die moralischen Kräfte noch nicht stark genug seien, um Europa zu einem politischen Zusammenwirken zu gewinnen. Es wären noch zu starke Gegensätze vorhanden und deshalb müsse die ganze Frage mit äußerster Vorsicht behandelt werden. Scialoja schloß eine Studienkommission vor, die sich mit dem Problem befassen solle und zwar im engen Einverständnis mit den beteiligten Regierungen. Die erste Aufgabe dieser Kommission wäre es, überhaupt den Begriff Europa festzustellen. Hier scheint Scialoja an Rußland gedacht zu haben. Außerdem würde die Aufgabe der Studienkommission sein, die rein europäischen Probleme und die zwischen Europa und der übrigen Welt zu lösenden Fragen zu untersuchen. Mit einem Wort, so meinte Scialoja, es gibt eine große Vorarbeit zu leisten, bevor wir überhaupt in den Kern der Dinge eintreten können.

Diese sehr vorläufigen und heftigen Darlegungen des italienischen Staatsvertragers fanden bei den französischen Delegierten keinen Beifall, doch auf zahlreichen Punkten, namentlich auf den entscheidenden Punkten, wurden die Ansichten Scialojas lebhaft applaudiert.

Die Splitterparteien

Stimmen, die verloren gegangen sind

Telegraphische Meldung
Berlin, 16. Sept.

Die jetzt vorliegenden Wahlergebnisse aus der Reichstagswahl gaben auch einen Überblick über die von den kleineren Parteien erreichte Stimmenzahl. Die Christlich-Sozialen Volksbewegung, die keine eigenen Mandate erlangt hat, und dabei ihre Stimmen der Reichstags der Deutschen Volkspartei zuführt, hat in 22 Wahlkreisen insgesamt 85 588 Stimmen auf sich vereinigt. Die Deutsche Bauernpartei der geistlichen Bauern hat in drei Wahlkreisen 1225, die Partei „Handel, Handwerk, Hausarbeit“ in einem Wahlkreis (Weiden) 3000 und die Nationalistische Staatspartei in vier Wahlkreisen 810 Stimmen aufgebracht, die sämtlich der Wirtschaftspartei zufallen. Die Volkrechtspartei hat 27 881 Stimmen aufgebracht. Die sozialistische Partei verloren gegangen sind. Der Preis des Handwerks, Handels und Gewerbes brachte in fünf Wahlkreisen insgesamt 9145 Stimmen auf. Die Deutsche Einheitspartei für soziale Volkswirtschaft hat in neun Kreisen landwärtlich und rund 900 Stimmen erhalten. Die Partei gegen den Alkohol in den Wahlkreisen Berlin und Potsdam 2 zusammen 1172 Stimmen, die Partei der Kriegsbeteiligten und Kriegsbeteiligenden hat in drei

Wahlkreisen 6702 Stimmen auf sich vereinigt. Die NSDAP. ist mit nur 11 796 Stimmen in 16 Wahlkreisen gegenüber dem Ergebnis der vorigen Wahl auf ein Minimum zurückgegangen. Die Nationalistische Bauernpartei hat in 20 Wahlkreisen 25 525, die Arbeiterpartei für das arbeitende und schaffende Volk in drei Wahlkreisen rund 900, die Arbeiter- und Bauernpartei in Breslau 600, die Bauernpartei und Neue Volksgemeinschaft in Schleswig-Holstein und Danzig 1827 Stimmen erhalten.

Alle diese Splitterstimmen sind verloren gegangen.

Dasselbe gilt auch von den verschiedenen nationalen Minderheiten, der politischen Volkspartei, der Volkspartei der Völker, dem Schicksalsverein, dem Friedensbund und der Nationalistischen Volkspartei, die alle zusammen im ganzen Reich nur 76 688 Stimmen aufzubringen vermochten. Dabei hat die Deutsche Volkspartei in Ostpreußen, wo sie bekanntlich mit großen Mitteln Polen aus dem ganzen Reich zusammenzubringen wollte, mit 27 012 Stimmen die einzige Erfolgskrone erringt. Als Kuriosum sei schließlich noch die der Nationalsozialisten zugesagte „Wahlkreise für die Schmalitz“ erwähnt, die in Magdeburg, Merseburg und Thüringen rund 25 000 Stimmen erhielt.

Rede des Reichsaußenministers Curtius

Der Saal füllte sich nun, als der Name des nächsten Redners, des deutschen Reichsaußenministers, angekündigt wurde. Starker Beifall kam von allen Seiten, als Dr. Curtius die Rede eröffnete. Der Reichsaußenminister verlas seine Rede ohne jede Verbeugung, in ruhiger, nichterwarteter Weise. Er sagte selbst dort, wo es sich um wichtige Erklärungen im Namen der deutschen Regierung handelte, jede starke Betonung. Die Aufmerksamkeit der Zuhörer war gespannt. Zahlreiche Staatsvertreter, die der deutschen Sprache kundig sind, applaudierten an Stellen, wo Dr. Curtius auf die Notwendigkeit einer aktiveren deutschen Völkerbundpolitik hinwies. Der Reichsaußenminister führte folgendes an:

„Sie werden verstehen, daß ich mir heute, wo ich zum erstenmal die Ehre habe, Deutschland in der Völkerbundversammlung zu vertreten, die Ausführungen vergegenwärtigen, mit denen Sie vor vier Jahren vor dem Völkerbund traten, und daß ich an die Erwartungen denke, mit denen das deutsche Volk damals diesen bedeutungsvollen Schritt begrüßte. Ich sage ganz offen, daß für uns die gesamte internationale Entwicklung seitdem manche Enttäuschung gebracht hat, aber ich kann trotzdem feststellen, daß die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde heute wie damals eine durchaus politische ist. In der bedeutsamen Rede, die wir in dieser Debatte gehört haben, ist eine Reihe von großen, schwierigen und dringenden Aufgaben, die vor uns liegen, schon klar gekennzeichnet worden. Es kann nicht übersehen werden, daß der allernächste Schritt offen Kundtun gefunden haben. Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angeordnet worden ist, daß die heutigen Zustände in ihrer weiteren Entwicklung sogar zum Ausbruch, zum Krieg führen können, so halte ich es für unbedingt geboten, auch den bloßen Gedanken an solche Möglichkeiten von vornherein auszuschließen. Ich zweifle nicht, daß wir alle darin einig sind. Der letzte Gedanke, jeden Kriegsgedanken zu verdrängen, jedweden auf der anderen Seite, daß anstelle des Krieges andere Mittel gefunden und angewendet werden müssen, um den vorstehenden oder neu auftretenden Problemen gerecht zu werden. Denn die Bestimmung

auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens darf nicht zu einer Ignorierung der Fragen führen, die einer Lösung bedürfen.

Ich kann in diesem Punkte nur in vollster Ueberzeugung den Worten zustimmen, die mir vor einigen Tagen von dem Herrn Vertreter Frankreichs gehört haben.

Niemals darf der Völkerbund, so sagte Herr Erlund mit vollem Recht, in einer Stimmung, einer Idee verfallen, mögen welche Stimmungen und Ideen zunächst auch noch so demutstiftend erscheinen. Der Völkerbund müßte — auch das finde ich völlig zutreffend — in allen solchen Fällen die Führung übernehmen; er dürfe keine Verantwortung scheuen. Ich halte das bei allen grundsätzlichen Überlegungen über den Völkerbund für den entscheidenden Punkt. Wir haben den Grundgedanken, daß es nicht mit dem bloßen Verbot des Krieges getan ist, sondern

daß es darauf ankommt, die Konfliktursachen zu beseitigen

und Vorbedingungen für die friedliche Schlichtung aller Arten von Meinungsverschiedenheiten zu treffen. An diesen Grundgedanken halten wir fest, da wir beirrt werden müssen, daß ihre Verwirklichung die ganze Völkerbundtätigkeit in eine feste Richtung drängen würde. In diesem Sinne scheinen mir die Ergebnisse der Beratungen des Sicherheitskomitees und der zur Begründung der Völkerbundtätigkeit an den Kriegsausgangspunkt eingetragenen Interkommissionen gesunde Grundlagen zu sein, die einen wertvollen Ausbau des Systems der Friedensgarantien darstellen würden. Im Zusammenhang hiermit heißt

die Kürzung

Es ist natürlich, aber diese Frage nach Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Delegation darüber hier seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Tatsachen erfolgt. Der Stand der Dinge kann nicht zureichend gekennzeichnet werden, als dies in den hochbedeutenden Ausführungen des Herrn Vertreters Großbritannien geschehen ist. Wir müssen uns über die völlige Unhaltbarkeit dieser Frage einig sein und es als

eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Die Grundzüge, mit denen die deutsche Regierung vor die Konferenz treten wird, sind oft dargelegt.

Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, volle Publizität und Eröffnung aller Minderheitsfragen, schnelle Verwirklichung der Maßnahmen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschließend mehrere Schritte zur Abrüstung in kurzen Schritten.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung beizumessen ist, die auch schon von anderer Seite herörterte Winderbeitensfrage. Wenn die Erfahrungen seit dem verflohenen Jahr vielleicht noch keine abschließende Antwort auf die Frage gehalten, ob die in Madrid beschlossenen Verbesserungen des Verfahrens zur wirksamen Durchführung der Garantie des Völkerbundes für den Schutz der Winderbeitensfrage, so halte ich es doch für notwendig, daß die Bundesversammlung nicht einfach die Weiterentwicklung abwartet, sondern daß sie sich schon jetzt und weiterhin fortlaufend mit der besten Praxis beschäftigt. Aus diesem Grunde habe ich die Übermittlung der Winderbeitensfrage an die letzte Kommission beantragt und damit ein Verfahren wieder aufgenommen, das hier mehrfach bereits in früheren Jahren verfolgt worden ist. In der Kommission wird sich die Gelegenheit bieten, zu den einzelnen Punkten des Winderbeitensproblems, insbesondere zur Behandlung der einseitigen Petitionen, Stellung zu nehmen. Von dieser Stelle aus möchte ich mir noch einmal betonen, daß es sich bei der ganzen Behandlung der Winderbeitensfrage nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen handelt, sondern um ein wichtiges Element für die Sicherung des Friedens,

ein Element, an dem alle Völkerbundmitglieder in gleicher Weise interessiert sind.

Die Gesamtsituation über die Fragen, die durch die gegenwärtige internationale Situation aufgeworfen werden, ist unter einem neuen Gesichtspunkt gerückt worden durch

die Einlösung der Frage einer europäischen Kooperation in die Verhandlungen des Völkerbundes.

Ich schloß mich dem Dank vieler Wortredner für den Staatsmann an, dem es gelungen ist, diese Ideen aus der privaten Propaganda in den Völkerbund der verantwortlichen Regierungen zu überführen. Kein Land trägt härter als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Situation Europas. Nach vielen Jahren einer unter schweren Opfern durchgeführten Politik der Verständigung steht Deutschland gleichwohl auch heute noch in einer Lage, die seiner Regierung außerordentlich zu erkrankt vorzuziehen gibt. Das wäre nicht möglich, wenn es schon früher zu einer internationalen Kooperation im vollen Sinne des Wortes gekommen wäre. Es dürfte der allgemeinen Auffassung entsprechen, das Problem der weiteren Entfaltungen in seiner Totalität einem Studienkomitee zu überweisen, in dem noch weiterer Kontakt alle diejenigen Staaten einzuwickeln müßte, deren Beteiligung für die inhaltliche Herbeiführung des Problems erforderlich ist.

Der Reichsaußenminister ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf die wirtschaftlichen Fragen und die Folgen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise ein und führte dazu

„Die Krise ist wie ein Elementarereignis über uns gekommen. Deutschland ist von ihr härter betroffen, als andere Länder. Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schuß gegen Ueberforderung mit landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern zu erteilen, die den Anreiz der Konkurrenz nach sich ziehen mußte. So ist auf die Dauer kein erträglicher Zustand, daß für die einzelne europäische Staat — nicht nur ab er groß oder klein ist — für sich allein in einer solchen Lage nicht anders handeln kann, als durch allgemeine Maßnahmen, auch wenn andere europäische Staaten dadurch mitgetroffen werden.“

den. Zur rechten Zeit kommt daher der Vorschlag einer europäischen Kooperation, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Die deutsche Regierung ist bereit, alle dazugehörigen Vorschläge mit größter Sorgfalt zu prüfen und sich an allen Arbeiten aktiv zu beteiligen. Politischen, Präferenz- und Zollfragen werden dabei eine große Rolle spielen. Wir sind insbesondere damit einverstanden, daß die Reichsbürgerschaft in ihrem Verhältnis zum Vorkommen der Zolltariffrage geprüft wird. — Die deutsche Delegation behält sich fernerhin vor, neben anderen Fragen auch die Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen:

Geld und Kapital sollen in ganz anderer Weise als jetzt ungleichmäßig so verteilt werden, daß sie überall die Gütererzeugung und -verteilung befördern. Es ist ein unwirtschaftlicher Zustand, wenn in einigen Ländern Überfluß an Geld und Kapital besteht und kaum nützliche Anwendung finden kann, während in anderen Ländern ungeheuer hohe Zinsen bezahlt werden müssen.

Wenn wir von wirtschaftlicher Einigung Europas sprechen und diese in weitestem Sinne verstehen, so heißt das nichts anderes, als europäische Wirtschaft und Zollunion. Wahrscheinlich, ein fähiger Gedanke, sich vorzustellen, daß die europäischen Staaten einmal in der Zukunft ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ohne innere Zollgrenzen bilden könnten. Der von uns mühevolle Weg, den Wunsch auszusprechen, daß sich Wege finden lassen, diesen Gedanken zu verwirklichen. Herr Bundeskanzler Brüning hat auf dem Weg regionaler Verhandlungen hingewiesen und zunächst einen Zusammenstoß zwischen den verschiedenen Staaten empfunden, zwischen denen die verschiedenen der Voraussetzungen geringere ist, als zwischen der Gesamtheit der europäischen Staaten. Die deutsche Delegation hat diese interessante Anregung lebhaft begrüßt, sie wird sich an der Verwirklichung des Gedankens aktiv beteiligen. Es kann sich bei dieser großen Aufgabe nicht darum handeln, um Zollpositionen zu feilschen oder sich kleine Vorteile für einige Jahre zu sichern, sondern es handelt sich darum, einen langen Abschnitt der europäischen Wirtschaftsgeschichte abzuschließen, der durch gegenseitige Abregelung und durch den Kampf gegen alle Gefährdungen war.

Sehr beifällige Aufnahme der Curtiusrede

Die Rede des Reichsaussenministers wurde mit großem Beifall aufgenommen und auch auf der Bank der französischen Delegation erhoben für zwei Delegationen, um dem Vertreter Deutschlands zu applaudieren. Während der Verlesung der französischen Rede wurde durch die Vertreter der französischen Delegationen die Rede des Reichsaussenministers mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Nach der Rede versammelten sich alle Delegationen in der Wandelhalle des Reichstages und tauschten ihre Meinungen über die Rede des Reichsaussenministers aus.

Der französische Außenminister Briand äußerte sich folgendermaßen:

„Es war eine ganz ausgezeichnete, lakonische, klare und wichtige Rede, die ich von Dr. Curtius gehört habe. Insbesondere haben mich die Stellen, wo Dr. Curtius über die Mitarbeit Deutschlands am Völkerverbund und die Möglichkeiten einer Kooperation der europäischen Staaten gesprochen hat, sehr interessiert. Ich bin der Überzeugung, daß Deutschland über den richtigen Weg geht.“

Briand beglückwünschte Dr. Curtius mehrmals zu seinen Darlegungen und der englische Außenminister Henderson trat an den Reichsaussenminister heran und schüttelte ihm herzlich die Hand. Von Journalisten befragt, erklärte Henderson, daß die Rede, soweit es sich um die politische Seite handelt, durch die englische Delegation beifällig aufgenommen wurde.

Albert Bassermann im Zonfilm

Der allgemein mit Spannung erwartete neue Richard-Oswald-Zonfilm, der den Dreifach-Vortrag, das große europäische Ereignis um die Jahrhundertwende, zum Inhalt hat, läuft von morgen ab in der „Kolumbia“. Es wird die Mannheimer besonders interessieren, daß der Ehrenbürger Albert Bassermann darin seine erste Zonfilmrolle als Oberst Picquart spielt.

Einer der markantesten Charaktere in der „Affäre Dreyfus“, die einmal eine Welt bewegt hat, Oberst Picquart, ein aufrechter Mann, eine



Albert Bassermann als Oberst Picquart

Kämpfergestalt von fleischigem Format. Nach der Verabschiedung des französischen Nachrichtenheftes von Gombert, unter dessen Regide Dreyfus verhaftet und deportiert wurde, geriet der Generalstabchef de Colonel Picquart zum Richter. Picquart findet die ersten Beweise für die Unschuld des Angeklagten auf der Insel des Teufels. Sein Verdacht fällt auf einen Major Esterhazy. Nach kurzer Zeit ist er seiner Sache sicher. Als er aber gegen Esterhazy vorgeht und damit das Schicksal gegen Dreyfus in Gefahr bringt, wird Picquart von hohen Militärs

So sieht der neue Reichstag aus



170 Abgeordnete sitzen nun in den Reichstag ein, 15 mehr als in den Reichstag von 1928, und dem Reichstagspräsidenten macht das Unterhaus dieses Samstags sehr große Schwierigkeiten. 250 von den 478 Sitzen — 45% nehmen allein die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ein. Die Deutsche Volkspartei hat auch ein Mandat hinzugewonnen, jedoch ist es 248 ist.

genommen wurde. Auch die Erklärungen des Reichsaussenministers über die Wirtschaftsverhandlungen seien für England interessant gewesen, wenn sie auch in gewisser Hinsicht nicht ganz mit der englischen Auffassung übereinstimmen. Der polnische Außenminister Jakszi äußerte sich dahin, daß die Erklärungen von Curtius über die Währungsfrage nicht als Beunruhigendes empfunden.

Ganz anders als Briand verhielten sich die beiden linksstehenden Mitglieder der französischen Delegation. Einer von ihnen, der Delegierte Cassin, äußerte sich folgendermaßen: „Es ist sehr zu bedauern, daß Dr. Curtius nicht ein einziges Wort über die Weizsäcker-Drummann-Verträge und die dadurch herbeigeführte Erleichterung in den deutsch-französischen Beziehungen gesprochen hat. Nur wenige Worte haben wir von ihm gehört. Für die Linksparteien in Frankreich wäre aber ein Hinweis auf die Abgrenzung, die das Werk Briands und Stresemanns ist, eine Wohltat gewesen, denn eine solche Erklärung würde uns gegenüber der öffentlichen Meinung die Verteidigung der deutsch-französischen Annäherung erleichtert haben.“

Den Herren Linksparteien, die so sehr nach einer „Wohltat“ schmecken, scheint offenbar nicht bekannt zu sein, daß die Abgrenzung, die die wir schon seit Jahr und Tag berechneten Anspruch hatten, schließlich nicht als eine „Wohltat“ Frankreichs und gegenüber erlebte, sondern von uns sehr teuer erkauft werden mußte. (D. Schriftl.)

Abfahrt des Reichspräsidenten ins Mandover

Berlin, 16. Sept. Der Herr Reichspräsident hat sich heute vormittag mit dem 8.11 Uhr vom Kaiserhof abgehenden Fahrplanmäßigen Zug zur Teilnahme an den Reichstagswahlen in Frankfurt nach Künigsheim im Grabfeld begeben. Der Herr Reichspräsident wird die Freitag, 16. Sept., im Mandovergelände verweilen.

Kongress-Inflation

Zur Röntgenberger Naturforscherversammlung von Dr. Ludwig Kühle, Heidelberg

Der Kongressgedanke, der als Verwirklichung des gegenwärtigen Strebens von der Einzelwissenschaft zur Gemeinheitsarbeit seine Willensrichtung in ganz ungewöhnlichem Tempo erreicht, scheint schon jetzt den letzten Punkt seiner Entwicklung erreicht zu haben. Nicht nur hat, wie bei der Naturforscherversammlung sehr eindrucksvoll gezeigt hat, der Weltzug rapide nachgelassen, sondern — was viel bedenklicher ist — auch die wissenschaftliche Kundente, die es sich schließlich nach der Abgrenzung des Kongresscharakteres und mit den wissenschaftlichen Schwierigkeiten begeben, daß die Teilnehmerzahl von 3000 auf dem letzten Kongress in Hamburg auf etwa 2000 zurückgegangen ist, so zeigt die wissenschaftliche Unproduktivität, die wohl von keinem Teilnehmer der letzten Tagung übersehen werden konnte, daß noch andere Ursachen zu einer Neorganisierung bedürfen.

In der Leitung der vorerwähnten Weltkongress hat man die Reformfähigkeit schon erkannt, wie der Vortrag von Prof. Wittke, in seiner Rede über die Reform der Naturwissenschaften, bereits ein Schritt auf dem Wege zur Reform sein sollte, so scheint dieser erste Schritt jedenfalls nicht auf dem richtigen Weg zu stehen. — Eine erhebliche wissenschaftliche Kundente war schon deshalb nicht zu erwarten, weil die verschiedenen Fachgruppen fast ausschließlich in diesem Jahr einmal getrennt haben. Sowohl die Naturwissenschaften, wie die Medizin, und Kernphysik, die Astronomie, wie die Erdwissenschaften haben ihre wissenschaftlichen Kongresse

Das Kabinett bleibt und kämpft

Drahtbericht unseres Berliner Büros □ Berlin, 16. Sept.

Das Kabinett, das heute vormittag zur Besprechung über die politische Lage zusammentrat, hat, wie vorausgesehen war, in allen Stücken die Absichten des Kanzlers gebilligt, die betänlich dahin gehen, daß die Regierung Bränning nicht zurücktreten, sondern den Kampf um die Regierungspläne im neuen Reichstag aufnehmen wird. Inzwischen sollen die Arbeiten am Ausbau des Finanz- und Wirtschaftsprogramms nach Kräften gefördert werden. Besprechungen mit den Parteiführern sollen vermutlich erst in der nächsten Woche beginnen, da der Kanzler sich nach den großen Anstrengungen des Wahlkampfes einige Tage Ruhe gönnen will, um mit frischer Kraft ans Werk gehen zu können.

Die Deutsche Volkspartei nach der Wahl

Nach den vorläufigen amtlichen Wahlergebnissen hat die Deutsche Volkspartei einschließlich der ihr angeschlossenen Parteigruppen der Christlich-Sozialen Volksgemeinschaft 1.777.737 Stimmen erhalten. Die Deutsche Volkspartei wird demnach im neuen Reichstag 107 Mitglieder zählen (vorher 45). Es sind gewählt: von Karlsruh für Potsdam II (durch Vernetzung mit Berlin). — Dr. Schaefer für Potsdam I (durch Vernetzung mit Frankfurt a. M.). — Dr. Wolfenbühner für Mecklenburg-Vorpommern (durch Vernetzung mit Pommern). — Generaloberst von Seede für Magdeburg-Anhalt. — Dr. Gremer für Halle-Merseburg (durch Vernetzung mit Magdeburg). — Dr. Pfeiffer für Thüringen. — Reichstagspräsident Dr. Schüllerer für Schleswig-Holstein. — Dingmann für Mecklenburg. — Dr. Albrecht für Süd-

an anderen Orten und an anderer Zeit gebracht. — Diese Sonderverträge, die den an sich gelassenen Tagungsgeboten widersprechen, sind dadurch entstanden, daß vor einigen Jahren die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte beschloß, nicht mehr jährlich, sondern nur noch jedes zweite Jahr zusammenzukommen. Da aber natürlich die Wissenschaft ihre Fortschritte nicht so lange aufhalten kann, haben sich die einzelnen Fachgesellschaften mehr oder weniger selbstständig gemacht und legen nun auch in den Jahren dazwischen, in denen die Gesamtgesellschaft ihren Kongress abhält.

Denn wird der eigentliche Sinn der nun schon über Jahre alten, größten deutschen wissenschaftlichen Tagung völlig aufgehoben und es fragt sich, ob man überhaupt einen neuen Sinn für die alte Institution finden, oder die ursprüngliche Form wieder herstellen soll. Das eine ist jedenfalls unabweisbar, daß für eine jährlich wiederkehrende Tagung der eine Teil der Wissenschaftler kein Geld, der andere keine Zeit hat und daß mindestens in dem Jahr, in dem das Programm der Weltkongress tagt, die Tagungsgelassen auf Sondererlegungen verzichten müßten. Es wäre dann allerdings notwendig, daß der Kongress wieder von vier Tagen auf die frühere Länge von 16 Tagen ausgedehnt würde, bei entsprechend geänderter Menge und Anordnung der allgemeinen und speziellen Vorträge. Es ist aber auch dann so einrichten, bei Teilnehmern, die nur wenige Tage bleiben wollen, auf ihre Kosten kommen.

Etwas anderes ist natürlich die Frage, ob man das Schwergewicht der Tagung mehr auf das gesellschaftliche Moment und auf die Verständigung zwischen den einzelnen Spezialisten legen soll; mit anderen Worten, ob man auf den Kongresswert der Vorträge verzichten und dafür allgemeine orientieren be pflegen will, die geeignet sind, eine den Wissenschaftlern der Medizin und anderen näherzubringen, wobei der Kongress an sich hauptsächlich der Naturwissenschaften und dem gegenseitigen Kennenlernen dient. Eine solche Aufgabe wäre durchaus wünschenswert, die 100jährige Tradition nun zu beleben und zu erneuern, denn das Spezialkennntum der heutigen wissenschaftlichen Fortschritt ruht nach soeben auf dem Höhepunkt.

Die Jubiläumstagung gerade zwischen der Medizin und der exakten Naturwissen-

Wissenschaften. — Dr. Dago für Schleswig-Holstein. — Dr. Wunnefeld für Mecklenburg-Vorpommern. — Dr. Ralle für Mecklenburg-Vorpommern. — Generaloberst Dr. Kegg für Mecklenburg-Vorpommern. — Dr. Schneider für Ostpreußen. — Otto Fiel für Mecklenburg-Vorpommern. — Dr. Bellmann für Mecklenburg-Vorpommern. — Otto Reimach für Mecklenburg-Vorpommern. — Reichstagspräsident Dr. Curtius für Mecklenburg-Vorpommern. — Walter Daus für Mecklenburg-Vorpommern. — Dingeldein für Mecklenburg-Vorpommern. — Dr. Schaefer für Mecklenburg-Vorpommern.

Auf der Reichstagsliste sind gewählt: Dr. Scholl. — Frau Dr. Elna Mah. — Dr. Rahl. — Vizepräsident Morath. — Generaldirektor Dr. von Stauch. — Geschäftsführer Frank Glöckel. — Drehschleifer Feuerbaum. — Dr. Ruppel.

Nur ein Gerücht?

Drahtbericht unseres Berliner Büros □ Berlin, 16. September.

In den Genfer Völkerverbundkreisen sind heute mittag Gerüchte im Umlauf, denen zufolge der italienische Gesandte in Belgrad das Angebot eines Kientats geworden sei. Auch an der Berliner Börse wurde dieses Gerücht kolportiert, ohne daß es bisher eine Bestätigung fand. In der Wilhelmstraße jedenfalls ist die zur Mittagsstunde feierliche Mitteilung des deutschen Gesandten in Belgrad eingetroffen.

Letzte Meldungen

Tödlicher Unfall beim Edelweißgletscher

Berlin, 16. Sept. In den Salzburger Bergen ereignete sich, wie dem „Berl. A. N.“ aus Wien gemeldet wird, ein schweres Unglück, dessen Opfer zwei Berliner sind. Auf dem hohen Berg der Salzburger Berge beim Edelweißgletscher ein Frau Louise Maria Glog, die Gattin eines Berliner Beamten, an einer Felswand ab und fand den Tod. Der Begleiter der Frau Glog verlor die Felswand herabzufallen, um der Verunglückten Hilfe zu bringen, verlor dabei aber den Halt und stürzte ebenfalls ab. Eine Rettungsdeputation konnte nach hundertlanger mühsamer Arbeit die Leiche der Frau Glog und den schwerverletzten Touristen bergen.

Arbeitswiederaufnahme in Nordwestfrankreich

Paris, 16. Sept. Im nordwestfranzösischen Streifen ist infolge der erfolgreichen Vermittlungen des Arbeitsministers heute die seit 1. August ruhende Arbeit in den meisten Fabriken wieder aufgenommen worden.

Wieder drei Todesurteile in Sowjetrußland

Moskau, 15. September. Wie die Tageszeitung „Kommunist“ der Sowjetunion meldet, stellte die Staatliche Politische Verwaltung (GPU) fest, daß in vielen großen Unternehmen der Staatsindustrie und des Transportwesens gegenrevolutionäre Elemente in Schabjaschewschen Bedingungen schaffen, die Schabjaschew herbeiführen und beim Ausbruch des Hungers die Wirtschaft ruinieren. In diesem Zusammenhang wurden drei Personen zum Tode verurteilt. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen in verschiedener Höhe.

Bombenerplosion bei der mexikanischen Unabhängigkeitstafel

Mexiko, 16. Sept. Bei der Unabhängigkeitstafel des Staates explodierte auf dem größten öffentlichen Platz unmittelbar einer vielstündigen Menge eine Bombe. Viele Personen wurden, 4 T. schwer verletzt, ins Krankenhaus gebracht werden.

schaft ist aus denselben Gründen notwendig und dringlich, aus denen das neue Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut als ein gemischt naturwissenschaftlich-medizinisch organisiert wurde. Es kann nur von Vorteil für die medizinische Fortschritt sein, wenn die ihre Probleme einmal vom Standpunkt des Chemikers oder des Physikers beleuchtet sind, in es ist für den modernen Arzt überhaupt unerlässlich, daß er sich über die Fortschritte seiner Nachbarwissenschaften, die für ihn lebenswichtige Disziplinen sind, von Zeit zu Zeit informiert. Für den Naturwissenschaftler ist es ebenfalls außerordentlich anregend, aus den Schwierigkeiten der ärztlichen Theorie und Praxis neue Problemstellungen für seine Arbeit zu gewinnen.

Soll der Kongress auf diese neue Richtung eingeleitet werden — wobei der Rahmen der Vorträge natürlich nicht auf die praktisch wichtigsten Themen beschränkt werden darf, so muß allerdings ein ganz anderes Geld in die Kasse einfließen, die unbedingt in der Form von allgemeiner Verbindlichkeit auch für den Spezialisten einer anderen Disziplin Rücksicht nehmen müssen. Wem bei dieser neue Welt im Auge ist, wie früher große Massen anzuziehen, das ist natürlich schwer vorzusagen, und es ist vielleicht doch die bessere Lösung, wenn man entweder der Kongress wieder in der alten Form jährlich abhält, oder wenn man in dem Jahr der Tagung wenigstens die Spezialkongresse vermerkt und im übrigen das Programm sowohl auf wissenschaftliche Aktualität als auch auf Verständigung zwischen den Einzelnern einrichtet. — Eine klare Entscheidung ist jedenfalls notwendig, denn die jetzige Zwieseltung ist ein Gefahr für den Kongressgedanken überhaupt, da sie nach keiner Richtung befriedigt.

Die Ausbeziehung außerordentlicher Professor für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Völkerverbund der Universität des Rheinlandes: Dr. Eugen Säger an der Universität Heidelberg, Dr. Paul Seeliger, Dr. Karl Dinkel, Dr. Egidius Pantzer und Dr. Joseph Wacker an der Universität Freiburg i. Br.

Das Institut für Biologie beginnt unter der neuen Leitung Eugen Kellers die Tätigkeit am 17. September mit Heinrich IV. 1. Teil von Bucher und 2. Teil von Bucher und der Herausgabe von Georg Kellers „Mikroskopie“.

Die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im Monat August

Allgemeine Geschäftslage

Nach der Monat August brachte den Werken der Eisen- und Stahlwaren-Industrie keine Besserung der Geschäftslage. Aus den einzelnen Bezirken wird folgendes berichtet: Die Lage der Industrie im südwestdeutschen Bezirk hat im Monat August nicht geändert. Aufschwüngen führten in vielen Bezirken zu neuen Aufträgen und erheblichen Aufträgen in der Arbeit.

Bei den Fallwalzwerken und Drahtwerke ist die Lage unbefriedigend. Trotzdem Arbeiter entlassen werden und vorläufig gearbeitet wird, fehlt auch für die verringerte Produktion der geringe Absatz. Aufträge wurden nur bei den hart gelassenen Unternehmen herangezogen.

Zusammenfassung der Mercedes- und Salamander-Schulfabriken

Zu der Stellung im geringen Kreditstand der Automobilindustrie in der südwestdeutschen Industriezone wird auch ein Stuttgart mitgeteilt. Am 10. August hat die Firma Mercedes-Benz & Co. AG. Stuttgart die Aufnahme von 100.000 Reichsmark in Form von 100.000 Aktien der Mercedes-Benz & Co. AG. in Stuttgart genehmigt.

Ungelöstes Problem der Eisen- und Stahlwaren-Industrie ist die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk. Die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk ist unbefriedigend.

Frankfurter Gas-Gesellschaft, Frankfurt a. M.

Die Gas-Gesellschaft der Stadt Frankfurt a. M. hat am 15. August 1930 eine außerordentliche Versammlung abgehalten. In dieser Versammlung wurde über die Aufnahme von 100.000 Reichsmark in Form von 100.000 Aktien der Gas-Gesellschaft der Stadt Frankfurt a. M. in Frankfurt a. M. beschlossen.

Ungelöstes Problem der Eisen- und Stahlwaren-Industrie

Ungelöstes Problem der Eisen- und Stahlwaren-Industrie ist die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk. Die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk ist unbefriedigend.

Neue Preise beim Gesamtverband Deutscher Metallwerke

Der Gesamtverband Deutscher Metallwerke hat am 15. August 1930 neue Preise für die von ihm hergestellten Erzeugnisse mit Wirkung vom 1. September festgelegt. Die Preise für die verschiedenen Erzeugnisse sind wie folgt: Eisenblech 2,40, Eisenblech 2,40, Eisenblech 2,40.

Die neue Produktionsweise der Zylinderwerke

Die Zylinderwerke AG. hat am 15. August 1930 eine neue Produktionsweise für die Zylinderwerke eingeführt. Diese neue Produktionsweise ist wie folgt: Die Zylinderwerke haben eine neue Produktionsweise eingeführt, die die Produktion von Zylinderwerken verbessert.

Die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im Monat August

Nach den letzten Meldungen der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im Monat August ist die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk unbefriedigend. Die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk ist unbefriedigend.

Frankfurt Freitag

Am Freitag, dem 13. September 1930, hat die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk eine neue Produktionsweise eingeführt. Diese neue Produktionsweise ist wie folgt: Die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk hat eine neue Produktionsweise eingeführt, die die Produktion von Eisen- und Stahlwaren verbessert.

Kampferkämpfungen im Gesamtverband

Der Gesamtverband Deutscher Metallwerke hat am 15. August 1930 neue Preise für die von ihm hergestellten Erzeugnisse mit Wirkung vom 1. September festgelegt. Die Preise für die verschiedenen Erzeugnisse sind wie folgt: Eisenblech 2,40, Eisenblech 2,40, Eisenblech 2,40.

Die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im Monat August

Nach den letzten Meldungen der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im Monat August ist die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk unbefriedigend. Die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk ist unbefriedigend.

Frankfurt Freitag

Am Freitag, dem 13. September 1930, hat die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk eine neue Produktionsweise eingeführt. Diese neue Produktionsweise ist wie folgt: Die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im südwestdeutschen Bezirk hat eine neue Produktionsweise eingeführt, die die Produktion von Eisen- und Stahlwaren verbessert.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Table with multiple columns listing stock prices for various companies and indices. Includes sections for Mannheimer Effektenbörse, Frankfurter Börse, and Berliner Börse.

Aktien und Anleihen in Prozenten

Table listing interest rates for various types of stocks and bonds, categorized by industry and type of security.

Berliner Devisen

Table showing exchange rates for various currencies, including the Reichsmark, and other financial data.

